

# Vertrag über die Erbringung von Leistungen

Zwischen

AOK-Bundesverband eGbR  
Rosenthaler Straße 31  
10178 Berlin,  
vertreten durch den Geschäftsführenden Vorstand,  
dieser vertreten durch den stellvertretenden Geschäftsbereichsleiter  
Herrn Thomas Müller

- im Folgenden „AOK-Bundesverband“ genannt –

der AOK Bayern  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten durch Herrn Stephan Abele

der AOK Hessen  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten durch Herrn Detlef Lamm

der AOK Niedersachsen  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten durch Herrn Jan Seeger

der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten durch Frau Dr. Martina Niemeyer

- im Folgenden „AOKs“ genannt –

- allesamt „Auftraggeberinnen“ genannt

allesamt vertreten durch die

AOK-Bundesverband eGbR  
Rosenthaler Straße 31  
10178 Berlin,  
dieser vertreten durch den Geschäftsführenden Vorstand,  
dieser hier vertreten durch Herrn Thomas Müller

und

vertreten durch

- im Folgenden „Auftragnehmerin“ genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

## **1 Vertragsgegenstand und Vergütung**

### **1.1 Projekt-/Vertragsbeschreibung**

Erbringung aktuarieller Leistungen für Wahltarife nach § 53 SGB V - insbesondere nach Abs. 1, 2 und 6 - , Bonusangebote nach § 65a SGB V sowie weitere Angebotsoptionen.

### **1.2 Rahmenvertrag**

☒ Dieser Vertrag ist ein Rahmenvertrag

☐ hinsichtlich folgender Teile:

☐ mit folgender Maßgabe:

Der Rahmenvertrag berechtigt die Auftraggeberin Einzelverträge über die vertragsgegenständlichen Leistungen abzuschließen, wobei eine Pflicht zum Abschluss von Einzelverträgen für die Auftraggeberin nicht besteht. Zwischen der Auftragnehmerin und den Auftraggeberinnen werden erst dann unmittelbare Rechtsbeziehungen begründet, wenn diese auf der Grundlage des Rahmenvertrages einzelvertraglich Leistungen in Auftrag geben, wobei die Textform (auch per E-Mail) ausreicht. Der AOK-Bundesverband ist berechtigt, Leistungen gemäß Punkt 7 Nr. i bis vi (vgl. Tabelle 2) der Leistungsbeschreibung (Anlage 2 des Vertrages/Anlage 01 der Vergabe- und Vertragsunterlagen) in Auftrag zu geben. Die AOKs sind berechtigt, Leistungen gemäß Punkt 7 Nr. i, ii, v und vi (vgl. Tabelle 2) der Leistungsbeschreibung (Anlage 2 des Vertrages/Anlage 01 der Vergabe- und Vertragsunterlagen) in Auftrag zu geben. Die Auftraggeberinnen handeln im Rahmen einer einzelvertraglichen Beauftragung eigenverantwortlich. Eine gesamtschuldnerische Haftung zwischen den Auftraggeberinnen besteht nicht.

Ein Einzelvertrag kommt wie folgt zustande:

- ☐ Auf Aufforderung der Auftraggeberin erstellt der Auftragnehmer mindestens in Textform ein Angebot über die unter dem Einzelvertrag zu erbringenden Leistungen und die Vergütung hierfür. Der Einzelvertrag kommt zustande, wenn das Angebot durch die Auftraggeberin mindestens in Textform angenommen wird.
- ☒ Es gilt folgendes Verfahren für den Abschluss eines Einzelvertrags: Die Auftragnehmerin legt der Auftraggeberin vor Beauftragung jeder Leistung nach Ziffer 1 des Preisblatts eine Kostenschätzung vor. Sobald im Zuge der Auftragsbearbeitung erkennbar wird, dass die geschätzten Kosten für die Auftragsbearbeitung nicht ausreichen (d.h. absehbare Überschreitung von mehr als 10 %), zeigt die Auftragnehmerin dies der Auftraggeberin an und legt eine neue Kostenschätzung vor. Auf Basis der neuen Kostenschätzung entscheidet die Auftraggeberin über die Beauftragung/Fortführung des Auftrages.

Für die Einzelverträge gelten ergänzend und vorrangig die Regelungen dieses Vertrags, es sei denn es wird im Einzelvertrag ausdrücklich und unter Bezugnahme auf die Regelung, von der abgewichen werden soll, etwas anderes vereinbart.

**1.3** Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung. Die zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gültige Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen und wird in diesem Fall zusätzlich entrichtet.

**1.4** Die vertragsgegenständlichen Leistungen der Auftragnehmerin werden

- ☒ nach Aufwand gemäß Nummer 5.1
- ☐ zum Festpreis gemäß Nummer 5.2

zuzüglich Reise- und Nebenkosten – soweit in Nummer 5.3 vereinbart – vergütet.

## **2 Vertragsbestandteile**

**2.1** Folgende Dokumente sind Bestandteil dieses Vertrages:

- Dieses Vertragsdokument sowie – soweit dieser Vertrag ein Rahmenvertrag ist: der jeweilige Einzelvertrag - mit jeweils folgenden Anlagen:

Anlage Nr. 1	Ergänzende Vertragsbedingungen für die Erbringung von Leistungen (EVB) und
<input checked="" type="checkbox"/> Anlage Nr. 2	Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin vom
<input checked="" type="checkbox"/> Anlage Nr. 3	Angebot der Auftragnehmerin (ausgefülltes Preisblatt) vom
<input checked="" type="checkbox"/> Anlage Nr. 4	Standesregeln für Aktuarinnen und Aktuarien der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) in der Fassung vom 15.09.2024

- VOL Teil B - Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen - (VOL/B) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.

Bei etwaigen Widersprüchen gelten – vorbehaltlich des nachfolgenden Satzes – die Regelungen in der vorstehend genannten Reihenfolge - d.h. dieses Vertragsdokument hat Vorrang vor den Ergänzenden Vertragsbedingungen etc.

- 2.2** Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin sind nicht Bestandteil dieses Vertrags und finden keine Anwendung. Dies gilt auch dann, wenn die Auftraggeberin in Kenntnis solcher Geschäftsbedingungen Leistungen der Auftragnehmerin vorbehaltlos beauftragt oder annimmt und/oder wenn die Auftraggeberin der Einbeziehung von Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin (z.B. in einem Angebot der Auftragnehmerin) nicht ausdrücklich widerspricht.

### 3 Art und Umfang der Leistungen der Auftragnehmerin

- 3.1** Art und Umfang der von der Auftragnehmerin zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus den Vertragsbestandteilen gemäß Nr. 2.1 dieses Vertrags

☐ mit folgender Maßgabe (z.B. optionale Leistungen, technische Besonderheiten):

- 3.2** ☐ Die Auftragnehmerin wird die Auftraggeberin auf relevante Veränderungen des Standes der Technik hinweisen, wenn diese maßgeblichen Einfluss auf die Art der Erbringung der vertraglichen Leistungen haben. Die Pflicht zur vertragsgemäßen Erbringung der Leistungen durch die Auftragnehmerin bleibt hiervon unberührt.

- 3.3** ☒ Sofern die Auftragnehmerin auch die Herstellung oder vergleichbare Werkleistungen in Bezug auf digitale Produkte schuldet, besteht eine Pflicht zur Aktualisierung i.S.v. § 327f BGB, auch wenn es sich bei dem vorliegenden Vertrag oder dem Einzelvertrag nicht um einen Verbrauchervertrag handelt.

☐ Die Pflicht zur Aktualisierung gilt nur für folgenden Zeitraum:

### 4 Leistungszeiträume / Abnahme

#### 4.1 Leistungszeiträume

Leistungen	Leistungszeitraum	
	Beginn	Ende
Aktuarielle Begutachtung und Beratung	01.09.2026	31.08.2030

- ☐ Der Auftragnehmerin ist bekannt, dass die fristgerechte Leistung für die Auftraggeberin wesentlich im Sinne von § 323 BGB Abs. 2 Nr. 2 BGB ist.

#### 4.2 Abnahme

Die von der Auftragnehmerin zu erbringenden Leistungen unterliegen der Abnahme, soweit nachfolgend nicht etwas Abweichendes vereinbart wird:

☐ Die von der Auftragnehmerin zu erbringenden Leistungen unterliegen nicht der Abnahme.

☐ Die folgenden von der Auftragnehmerin zu erbringenden Leistungen unterliegen nicht der Abnahme:

Die Auftraggeberin erklärt nach näherer Maßgabe gemäß Ziffer 10.2.1 der EVB gegenüber der Auftragnehmerin schriftlich die Abnahme innerhalb von

☒ 2 Wochen

Die mit \* gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der Ergänzenden Vertragsbedingungen (EVB) für die Erbringung von Leistungen definiert.

☐ Wochen

nach Übergabe des vollständig und im Wesentlichen mangelfrei erbrachten, geschuldeten und abnahmebedürftigen Leistungsergebnisses sowie entsprechender Mitteilung durch die Auftragnehmerin.

## 5 Vergütung

### 5.1 ☒ Vergütung nach Aufwand

- ☒ ohne Obergrenze für die Beratung in versicherungsmathematischen Fragestellungen gemäß Nr. 1 des Preisblatts
- ☒ mit einer Obergrenze je abgeschlossener Leistung jeweils für die Erstellung versicherungsmathematischer Gutachten gemäß Nr. 2 des Preisblatts (Anlage 3 des Vertrages/ Anlage 03 der Vergabe- und Vertragsunterlagen)

Es gelten die nachfolgend genannten Sätze:

Bezeichnung des Personals (ggf. Leistungskategorie)	Preis (netto)	
	je Stunde	Je Tag

Bei Bezahlung nach Stundensätzen werden begonnene Einsatzstunden anteilmäßig berechnet. Die kleinste Zeiteinheit sind 6 Minuten (1/10 Stunde).

Bei Bezahlung nach Personentagen werden begonnene Personentage anteilmäßig berechnet. Ein Personentag beinhaltet mindestens acht Arbeitsstunden, d.h. jede volle Stunde eines nicht vollständigen Personentags wird mit 1/8 des Tagessatzes berechnet. Nicht vollständig geleistete Arbeitsstunden werden bei einer Bezahlung nach Personentagen nicht vergütet.

Der Aufwand der Auftragnehmerin ist nachzuweisen durch

- ☐ Vorlage eines Leistungsnachweises entsprechend Anlage 6 – Muster Leistungsnachweis –, der von der Auftragnehmerin unterschrieben und von der Auftraggeberin durch Gegenzeichnung genehmigt sein muss.
- ☒ Vorlage eines Leistungsnachweises, aus dem sich der jeweilige Auftragsgegenstand sowie die Anzahl der geleisteten Stunden je Person ergibt.

### 5.2 ☐ Vergütung zum Festpreis

Für die vertragsgemäß erbrachten Leistungen und Leistungsergebnisse zahlt die Auftraggeberin nach Erhalt einer prüffähigen Rechnung und näherer Maßgabe gemäß Ziffer 9.4 der EVB einen Festpreis (netto) in Höhe von insgesamt €.

### 5.3 Reisekosten\*, Nebenkosten\* und Materialaufwand\*

- ☐ Reisekosten\* werden nicht gesondert vergütet.
- ☒ Reisekosten\* werden vergütet gemäß Bundesreisekostengesetz in der bei Anfall der Reisekosten gültigen Fassung nach Nachweis.
- ☒ Nebenkosten\* werden nicht gesondert vergütet.
- ☐ Nebenkosten\* werden vergütet gemäß .
- ☒ Materialaufwand wird nicht gesondert vergütet.
- ☐ Materialaufwand wird vergütet gemäß .

### 5.4. Fälligkeit der Vergütung

Die mit \* gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der Ergänzenden Vertragsbedingungen (EVB) für die Erbringung von Leistungen definiert.

- ☒ Die von der Auftraggeberin zu zahlende Vergütung ist fällig dreißig (30) Tage nach vollständiger Erbringung und Gesamtabnahme (bei Werkleistungen) aller Leistungen und Übermittlung einer ordnungsgemäßen Rechnung an die Auftraggeberin.
- ☐ Die von der Auftraggeberin zu zahlende Vergütung ist jeweils zum 5. Werktag eines Monats für Leistungen in dem vorangegangenen Monat fällig, wenn bis spätestens zum 1. Werktag des jeweiligen Monats eine ordnungsgemäße Rechnung der Auftraggeberin übermittelt wurde.
- ☐ Die von der Auftraggeberin zu zahlende Vergütung ist dreißig (30) Tage nach Erreichen folgender Leistungsziele bzw. Meilensteine (oder vergleichbar) und nach Übermittlung einer ordnungsgemäßen (Teil-)Rechnung an die Auftraggeberin fällig:  
Ein Leistungsziel bzw. Meilenstein gilt als erreicht, wenn die Abnahme der jeweiligen (Teil-)Leistung ohne das Vorliegen von wesentlichen Mängeln erklärt wurde. Das Recht der Auftraggeberin, einen Sicherheitseinbehalt wegen vorbehaltener Mängel einzubehalten, bleibt unberührt.
- ☐ Sonstige Vereinbarung:

## 5.5 Rechnungsstellung

- ☒ Die Rechnungsstellung erfolgt ausschließlich elektronisch, wenn nachfolgend nicht anders vereinbart.

Bei mehreren Auftraggeberinnen erfolgt die Rechnungsstellung wie folgt:

- ☐ unter Aufteilung des Rechnungsbetrages gemäß Anlage
  - ☐ anteilig unmittelbar an die einzelnen Auftraggeberinnen.
  - ☐ anteilig an die einzelnen Auftraggeberinnen zu Händen des AOK-Bundesverbandes (als Abrechnungs- und Zahlstelle).

## 6 Rechte an Tätigkeitsergebnissen\* (ergänzend zu / abweichend von Ziffer 7 der EVB)

### 6.1 ☒ ergänzend zu Ziffer 7 der EVB gilt Folgendes:

Ziff. 7.5 der EVB gilt mit der Maßgabe, dass der AOK-Bundesverband berechtigt ist, die Nutzungsrechte an den Tätigkeitsergebnissen den 11 Landes-AOKs einzuräumen, so dass diese die Tätigkeitsergebnisse ihren Prüfinstanzen, wie z.B. Landesaufsichtsbehörden, zur Kenntnis geben können. Gleiches ist auch dem AOK-Bundesverband gestattet. Ziff. 7.1 der EVB gilt mit der Maßgabe, dass die gewerbliche Nutzung der Tätigkeitsergebnisse die Zustimmung des Auftragnehmers voraussetzt.

### 6.2 ☐ abweichend von Ziffer 7 der EVB gilt Folgendes:

## 7 Verantwortliche Ansprechpersonen

der Auftraggeberin:

der Auftragnehmerin:

## 8 Mitwirkungsobliegenheiten der Auftraggeberin

- ☐ Folgende Mitwirkungsobliegenheiten der Auftraggeberin (z. B. Infrastruktur, Organisation, Personal, Technik, Dokumente) gelten:

Die mit \* gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der Ergänzenden Vertragsbedingungen (EVB) für die Erbringung von Leistungen definiert.

## 9 Datenschutz

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen (DSGVO, Landesdatenschutzgesetz, BDSG) einzuhalten.

Der Auftragnehmer hat Maßnahmen zum Datenschutz und zur Datensicherheit i.S.d. Art. 32 DSGVO insbesondere i. V. m. Art. 5 DSGVO dergestalt herzustellen und einzuhalten, wie es auch für den Auftraggeber gelten würde.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die im Rahmen dieses Vertrages Bekanntwerdende personenbezogene Daten oder Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sowie alle zur Kenntnis gelangenden Informationen und Unterlagen vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt über die Dauer dieses Vertrages hinaus.

Die Daten dürfen nur im Rahmen der im Vertrag genannten Zwecke verarbeitet und genutzt und nicht länger gespeichert werden, als es für die Auftragserfüllung bzw. Abrechnung erforderlich ist. Danach sind sie rückstandslos zu löschen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, i.S.d. Art. 32 Abs. 4 DSGVO für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen nur Personen einzusetzen, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden sowie regelmäßig informiert und angewiesen werden (Datengeheimnis). Die Geheimhaltungspflicht der für die Auftragsabwicklung eingesetzten Mitarbeiter reicht über das Vertragsende hinaus.

## 10 Wettbewerbsinteressen

☒ Die Zustimmung zur Auftragsdurchführung für Wettbewerberinnen gemäß Ziffer 14 der EVB wird erteilt

☒ mit folgender Maßgabe: Dem Auftragnehmer ist es gestattet, während der Laufzeit des Vertrages über die Erbringung von Leistungen vergleichbare Aufträge für Wahltarife nach § 53 SGB V – insbesondere nach Abs. 1, 2, und 6 –, Bonusangebote nach § 65a SGB V sowie weitere Angebotsoptionen durchzuführen, soweit die Wettbewerbsinteressen der AOK hierdurch nicht verletzt werden und unter der Maßgabe, dass die Bearbeitung und Fertigstellung der Aufträge des AOK-Bundesverbandes oder der AOKs innerhalb der vereinbarten Fristen erfolgt. Der Auftragnehmer hat auch nach Vertragsbeendigung die berechtigten Wettbewerbsinteressen des Auftraggebers angemessen zu berücksichtigen.

## 11 Inkrafttreten, Laufzeit

Dieser Vertrag tritt in Kraft

☐ mit Unterzeichnung durch die Parteien

☒ am 01.09.2026

Dieser Vertrag

☐ läuft unbefristet (grds. unzulässig bei Rahmenvereinbarungen gemäß § 21 Abs. 6 VgV).

☒ endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf,

☐ mit Erbringung der vollständigen und vertragsgemäßen Leistungen gemäß Nr. 3 und Gesamtabnahme (bei Werkleistungen), wobei etwaige Gewährleistungsansprüche und -rechte hiervon unberührt bleiben, auch wenn diese nach der Abnahme bestehen oder entstehen.

☒ mit Ablauf des Leistungszeitraums nach Nr. 4.1

☐ am

☐ kann von der Auftraggeberin mit einer Frist von                      Wochen zum Ende eines

☐ kann von der Auftragnehmerin mit einer Frist von                      Wochen zum Ende eines

Die mit \* gekennzeichneten Begriffe sind am Ende der Ergänzenden Vertragsbedingungen (EVB) für die Erbringung von Leistungen definiert.

ordentlich gekündigt werden.

Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt für beide Parteien unberührt.

## 12 Sonstige Vereinbarungen

Die Haftung des Auftragnehmers sowie dessen gesetzlichen Vertretern, Angestellten aus Vertrag für Schäden, die durch oder im Zusammenhang mit der Leistungserbringung entstehen, ist bei Vermögensschäden im Falle von einfacher Fahrlässigkeit pro Schadensfall begrenzt auf einen Höchstbetrag von 250.000 EUR. Ungeachtet der Anzahl der Schadensfälle besteht eine Haftungshöchstgrenze in Höhe von 1.000.000 EUR für die Laufzeit dieses Vertrags.

Diese Begrenzung ist nicht anwendbar im Falle von grober Fahrlässigkeit oder vorsätzlichem Fehlverhalten des Auftragnehmers oder der verbundenen Personen sowie im Falle von Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

Der Auftragnehmer wird innerhalb einer Frist von 8 (acht) Wochen ab Inkrafttreten dieses Vertrags den Auftraggeberinnen nachweisen, dass eine Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckung von EUR 250.000 für Personen- und Sachschäden und EUR 250.000 für Vermögensschäden je Schadensfall besteht, die auch die Verletzung von Vorschriften zum Datenschutz umfasst. Die Versicherung ist für die gesamte Laufzeit dieses Vertrages in vollem Umfang aufrecht zu erhalten; auf Nachfrage ist dies den Auftraggeberinnen durch Vorlage geeigneter Dokumente nachzuweisen

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift(en) Auftragnehmerin

\_\_\_\_\_  
AOK-Bundesverband (Auftraggeberin)